

Der Diebstahl des Jahrhunderts: Die Palästinenser werden ihrer Vergangenheit und Zukunft beraubt

Ilan Pappé, insidearabia.com, 25.09.20

Die Netanyahu-Trump-Strategie stellt eine echte existenzielle Bedrohung für Palästina und die Palästinenser dar. Sie ist ein Versuch, die Palästina-Frage zu entpolitisieren und sie als ein humanitäres und wirtschaftliches Problem darzustellen, das mit arabischer Finanzierung und amerikanischem Segen gelöst werden kann.

Donald Trumps „Deal des Jahrhunderts“ und Benjamin Netanjahus Strategie im Land selbst stellen eine wirklich existenzielle Gefahr für Palästina und die Palästinenser dar. Es handelt sich um einen kombinierten Angriff auf Palästina und sein Volk, der potenziell ebenso zerstörerisch sein kann wie die Nakba von 1948. Es ist ein Versuch, die Palästina-Frage zu entpolitisieren und sie als ein humanitäres und wirtschaftliches Problem umzudeuten, das mit arabischer Finanzierung und amerikanischem Segen gelöst werden kann.

Das Nationsgesetz legitimiert im Nachhinein de facto die Politik der Apartheid und Kolonisierung und gibt zugleich das zukünftige Israel als offiziellen Apartheidstaat vor

Um das Ausmaß dieser Gefahr und ihre Schärfe zu verstehen, muss sie in zwei größeren Zusammenhängen untersucht werden. Der erste ist historischer, der andere eher normativer Natur und blickt in die unmittelbare Zukunft.

Der „Deal des Jahrhunderts“ ist eine amerikanische Bestätigung des Zionismus als einer legitimen Siedler-Kolonialbewegung, die auch im 21. Jahrhundert noch von einer Logik motiviert ist, die von Patrick Wolfe treffend als „die Eliminierung der Einheimischen“^[1] definiert wurde.

Historisch gesehen ist der Deal ein Höhepunkt der früheren amerikanischen und israelischen Politik in der Palästina-Frage. Seit Beginn des so genannten Friedensprozesses als Pax Americana, irgendwann in den späten 1960er Jahren, versagten die USA als ehrlicher Makler.

Auf dem Papier waren die aufeinander folgenden Regierungen und die ihnen unterstellten Gesandten zu völkerrechtlichen Richtlinien verpflichtet und erkannten daher die Illegitimität der israelischen Siedlungen und Annexionsversuche an, sie verurteilten sogar öffentlich die strukturelle Verletzung der Menschenrechte in den besetzten Gebieten. In der Praxis wurden diese Vorbehalte nie in tatsächliche Politik oder Druck auf Israel umgesetzt, damit dies sein kriminelles Verhalten im Land ändern sollte.

Das Endresultat dieses Ansatzes - der definiert werden kann als „Reden, aber nicht Handeln“ - war ein öffentliches Festhalten an der Bedeutung des Völkerrechts als moralische Richtschnur für die ameri-

kanische Politik gegenüber dem besetzten Palästina, während gleichzeitig der sich vertiefenden israelischen Kolonisierung der Westbank und des Gazastreifens (letzterer bis zu seiner Räumung im Jahr 2006) - hauptsächlich durch Untätigkeit - Immunität gewährt wurde.

Bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts verfolgten die dominanten politischen Parteien in Israel einen ähnlichen Ansatz und koordinierten ihre Politik recht eng mit Washington.

Die Gesetzgebung diskriminiert Palästinenser auf beiden Seiten der grünen Linie in jedem Aspekt des Lebens, sei es bei den beruflichen Möglichkeiten, beim Aufenthalt oder bei den grundlegenden Bürgerrechten. Dies geschieht zusätzlich zu den bereits bestehenden Enteignungen von Land, Kollektivstrafen und schweren Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und aller normalen menschlichen Aktivitäten im Westjordanland und im Gazastreifen.

Seit Beginn dieses Jahrhunderts und insbesondere in der Ära Netanjahu (die mit seiner zweiten Wahl 2009 begann) ist die Kluft zwischen dem Reden und dem Handeln sowohl in den USA als auch in Israel fast verschwunden. Die Aktionen vor Ort wurden nun sowohl von der amerikanischen Regierung als auch von der israelischen Regierung öffentlich voll unterstützt. Der „Deal des Jahrhunderts“ fasst die bisherige amerikanische Politik zusammen und verpackt sie als offiziellen Segen für Israels einseitige Aktionen im historischen Palästina neu.

Zu diesen amerikanischen Aktionen im letzten Jahrzehnt gehörten die Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt und die Verlegung der amerikanischen Botschaft von Tel-Aviv nach Westjerusalem. Es folgte die offizielle Anerken-

nung der israelischen Annexion der Golanhöhen und die öffentliche Anerkennung der Legalität der jüdischen Siedlungen in der Westbank. Der „Deal des Jahrhunderts“ gewährt amerikanische Immunität für die zukünftige Politik Israels innerhalb des historischen Palästina, die darauf abzielt, die endgültige politische Landkarte des Landes durch Zwang und die Herstellung unumkehrbarer Tatsachen vor Ort zu zeichnen.

Das Wesen dieser zukünftigen Lösung ist völlig klar. Ihre Grundzüge wurden bereits durch eine aggressive und rassistische israelische Gesetzgebung in der Knesset offenbart, die 2010 begann. Die Gesetzgebung diskriminiert Palästinenser auf beiden Seiten der grünen Linie in jedem Aspekt des Lebens, sei es bei den beruflichen Möglichkeiten, beim Aufenthalt oder bei den grundlegenden Bürgerrechten. Dies geschieht zusätzlich zu den bereits bestehenden Enteignungen von Land, Kollektivstrafen und schweren Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und aller normalen menschlichen Aktivitäten im Westjordanland und im Gazastreifen.

Der gesetzgeberische Sturm gipfelte in der Verabschiedung des israelischen Nationsgesetz im Sommer 2018[2] Dieses Apartheidgesetz legte klar fest, dass nur die Juden als nationale Gruppe mit dem Recht auf Selbstbestimmung innerhalb Israels anerkannt werden können; was „Israel“ ist, wird jedoch in einer anderen Klausel definiert, die zukünftige Regierungen ermutigt, die jüdische Kolonisierung im Land Israel (d.h. Israel und die Westbank) fortzusetzen. Die endgültigen Grenzen werden im Gesetz

nicht erwähnt, da erwartet wird, dass sich das künftige Groß-Israel auch über Teile der Westbank erstrecken würde - und in all diesen Teilen würde Israel keine Äußerung nationaler palästinensischer Bestrebungen zulassen.

Dieses Gesetz degradierte die palästinensischen Bürger innerhalb Israels (und potenziell jeden, der durch die Annexion von Teilen des Westjordanlandes und Groß-Jerusalem zu dieser Gemeinschaft hinzukommen würde) zu einer Gruppe mit sprachlichen Merkmalen und nicht zu einer nationalen Gemeinschaft - genauer gesagt in der Sprache des Gesetzes „arabischsprachige Menschen“, mit dem Versprechen, dass ihre Sprache einen „Sonderstatus“ innerhalb des Staates Israel genießen werde.

Dieses Gesetz hat grundlegende Bedeutung, und da Israel keine Verfassung hat, besitzt es einen verfassungsmäßigen Status. Als solches legitimiert es im Nachhinein de facto die Politik der Apartheid und Kolonisierung und gibt zugleich das zukünftige Israel als offiziellen Apartheidstaat vor.

Große Teile der internationalen Zivilgesellschaft haben diese Handlungen wahrgenommen und verurteilt sie. In den vergangenen Jahren haben drei verschiedene Prozesse das internationale Ansehen Israels untergraben. Dazu gehörten die Entstehung der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS), der Wechsel des israelischen politischen Systems zur extremen Rechten und die Entstehung einer neuen Generation von pro-palästinensischen Politikern und Vertretern der Zivilgesellschaft im Westen.

Offiziell reagierte Israel auf diesen Wandel in der globalen öffentlichen Meinung, indem es bereits 2016 das kollektive Gedächtnis und die Erzählung der Palästinenser ins Visier nahm. Die politische und strategische Führung Israels betrachtet das historische Gedächtnis und die Geschichtsschreibung als Instrumente, die gegen die weitere Erosion des sich bereits verschlechternden öffentlichen Ansehens Israels auf internationaler Ebene als Waffe eingesetzt werden können. Diese Vorgehensweise ist ein zusätzlicher Versuch, diese sich wandelnde Landschaft zu beherrschen, indem die Palästina-Frage entpolitisiert wird, ähnlich wie es die derzeitige US-Regierung mit ihrem „Deal of the Century“ getan hat.

Im Laufe der Untersuchung fand *Haaretz* heraus, dass Jehiel Horev, der *Malmab* zwei Jahrzehnte lang bis 2007 leitete, mit der Entnahme von Dokumenten aus den Archiven begonnen hatte, als er an der Spitze der Geheimhaltungsabteilung stand, eine Praxis, die heute von seinen Nachfolgern fortgesetzt wird. In einem Gespräch mit der Zeitung argumentierte Horev, dass die Schließung der Archive gerechtfertigt sei, da die Aufdeckung von *Nakba*-Dokumenten nach den Worten der Zeitung „Unruhe unter der arabischen Bevölkerung des Landes hervorrufen“ würde.

Das Argument ist in zweierlei Hinsicht absurd: Erstens gehört die palästinensische Minderheit Israels, die von israelischen Regierungsvertretern als „die israelischen Araber“ bezeichnet wird, seit Mitte der 1980er Jahre zu den aktivsten und bewusstesten Gruppen, die sich mit der Erinnerung an die *Nakba* befassen und sie schützen. Die *Association for the Defense of the Rights of the Internally Displaced* (ADRID), die neben lokalen palästinensischen Gelehrten und Aktivisten die innerpalästinensischen Flüchtlinge innerhalb Israels vertritt, hat das öffentliche Interesse an den Erzählungen der Palästinenser über die Ereignisse von 1948 aufrechterhalten.

Sie brauchten keine israelische Dokumentation, um ihre eigenen Erfahrungen mit ethnischen Säuberungen zu bestätigen. Zweitens waren, wie *Haaretz* betonte, viele der Dokumente, die jetzt neu klassifiziert werden, bereits veröffentlicht worden, insbesondere von kritischen israelischen Historikern. Horev war sicher, dass die Glaubwürdigkeit dieser [kritischen] Studien über die Geschichte des Flüchtlingsproblems untergraben“ würde, wenn die Historiker ihre Dokumentation nicht nochmals überprüfen könnten.

Der Angriff auf das Narrativ geschieht durch die Schließung der israelischen Archive, die Dokumente über die *Nakba* beherbergen. Wie in einem Enthüllungsbericht von *Haaretz* aus dem Jahr 2019 berichtet wird, ist die israelische Beschränkung des Zugangs zu Archivmaterial Teil einer offiziellen Operation, die von *Malmab* (hebräische Abkürzung für *Director of Security of the Defense Establishment*), der geheimen Sicherheitsabteilung des israelischen Verteidigungsministeriums, geleitet wird. Es handelt sich um eine geheime Einheit, deren Aktivitäten und Budget vertraulich sind und deren Existenz erstmals vom israelischen Historiker Avner Cohen aufgedeckt wurde, um Licht in die israelische Nuklearpolitik zu bringen.

Wie zu Beginn dieses Artikels angemerkt, sind siedlerkoloniale Bewegungen wie der Zionismus durch das geprägt, was Patrick Wolfe als „Eliminierung der Ureinwohner“^[3] definiert hat. **Zu den Grundbedingungen für Israel als siedlerkolonialer Staat gehört die Erwartung, dass es Beweise für seine Eliminierungsakte verbergen möchte, insbesondere in einer Ära, die dem Kolonialismus negativ gegenübersteht, und auf dem Hintergrund eines Landes, das vorgibt, „die einzige Demokratie im Nahen Osten“ und ein „jüdischer und demokratischer Staat“ zu sein.**

Die ethnische Säuberung Palästinas im Jahr 1948 und der Versuch, die Erinnerung an Palästina auszulöschen, sind Teil ein und desselben Aktes der Eliminierung. Wie Wolfe betont, ist der Siedler-Kolonialismus kein Ereignis, sondern eine Struktur, und deshalb waren die Eliminierungsversuche schon vor 1948 vorhanden und dauern seitdem bis heute an.

Konkret nährte die Vision eines entarabisierten Palästina die bekannten gewaltsamen Wendepunkte in der modernen Geschichte des Landes: die ethnische Säuberung von 1948, die Auferlegung der Militärherrschaft über verschiedene palästinensische Bevölkerungsgruppen in den vergangenen 70 Jahren, der Angriff auf die PLO im Libanon 1982, die Operationen in der Westbank 2002, die Belagerung des Gazastreifens und die Judaisierungsprojekte überall im historischen Palästina, um nur einige aus einer ziemlich langen Liste zu nennen.

Nun können wir dazu noch das neue Projekt des „Deal of the Century“ und die beabsichtigte Annexion eines Teils oder der Gesamtheit von Gebiet C (etwa 60 Prozent der Westbank) hinzufügen. Es ist eine Kombination aus dem Versuch, die Palästinenser als Menschen ohne kollektive politische Rechte darzustellen und gleichzeitig die Judaisierung der Westbank auszuweiten. Die Schließung der Archive durch die Entfernung von bereits freigegebenem Material ist Teil der gleichen Strategie, um die Palästina-Frage insgesamt „abzuschalten“.

Ein entpolitisiertes Palästina darf für sich kein historisches Narrativ beanspruchen, das politische Forderungen nach einem Staat, Selbstbestimmung oder dem Recht auf Rückkehr schüren kann, denen die Trump-Administration bereits mit der Schließung der PLO-Mission in Washington, der Verlegung

der US-Botschaft in Israel nach Jerusalem, der Aussetzung von US-Geldern an die UNRWA und dem Bild der legalen israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten zuvorgekommen ist.

Wie so oft in der Vergangenheit ist die israelische Interpretation des „Abkommens“ genauso wichtig wie das Abkommen selbst. In den Augen der israelischen Regierung legitimierte dieses „Abkommen“ im Voraus eine künftige Annexion des Gebiets C durch Israel. Im Juli dieses Jahres erklärte Netanjahu, dass er diesen Teil des Abkommens in diesem Sommer umsetzen werde.

Es scheint, dass die globale Zivilgesellschaft trotz ihrer früheren Errungenschaften und ihres Engagements für Gerechtigkeit in Palästina noch härter arbeiten muss, in Solidarität mit einer nationalen palästinensischen Bewegung...

Diese Interpretation ignoriert ein bedeutungsloses Lippenbekenntnis in dem „Abkommen“, das die verbleibenden Gebiete der Westbank mit dem Gazastreifen zu einem künftigen palästinensischen Staat erklärt. Die künftigen Netanjahu- oder Likud-Regierungen werden den Teil, der sich auf den palästinensischen Staat in dem „Abkommen“ bezieht, nicht akzeptieren, während ihre Haupttrivalen, die Blau-Weiß-Partei oder jede andere Anti-Netanjahu-Koalition möglicherweise dazu ein Lippenbekenntnis ablegen und die Idee eines solchen Mini-Staates zwar als Stilfrage unterstützen, nicht aber vom Inhalt her.

Es ist nicht klar, ob die Trump-Administration bis zu den nächsten US-Wahlen eine vollständige Annexion von Gebiet C oder eines Teils davon zulassen wird. Dieser Teil des Plans wurde vor kurzem mit den beiden Friedensabkommen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain blockiert. Sie wurden im Gegenzug für ein israelisches Versprechen unterzeichnet, die Annexion zu verschieben. In der Praxis sind die Gebiete, die Netanjahu für die sofortige offizielle Annexion in diesem Sommer vorgesehen hatte, jedoch bereits von den Israelis ethnisch gesäubert worden.

Dazu gehören das Jordantal, das Gebiet um die südlich von Jerusalem gelegene Siedlung Givat Hamatos („der Flugzeugberg“ auf Hebräisch), die einen Keil in die Westbank treibt, der den südlichen Teil von Jerusalem trennt, und der Siedlungsblock im Gebiet E-1 östlich von Jerusalem, der die Westbank physisch und irreversibel in zwei getrennte geopolitische Einheiten zerschneidet. Wenn also die offizielle Annexion erklärt wird, wird dies eher ein symbolischer Akt sein, als eine grundsätzliche Veränderung.

Das Land zu zerschneiden, es in kleine Bantustans zu zerstückeln und das Narrativ und die kollektive Identität anzugreifen, sind Teil ein und desselben Diebstahls des Jahrhunderts, der in Washington und Tel Aviv ausgeheckt wurde.

Zwei neue Entwicklungen, die auf den ersten Blick den Lauf der Geschichte verändern könnten, könnten sich am Ende des Tages als unbedeutend für die Notlage der Palästinenser erweisen. Die erste ist die wachsende soziale Unzufriedenheit und Demonstrationen in Israel gegen Ministerpräsident Netanjahu, die wöchentlich 10.000 bis 20.000 Demonstranten in die Nähe seines Amtssitzes locken,

und die zweite ist die Aussicht auf eine demokratische Verwaltung in Washington nach den nächsten Präsidentschaftswahlen im November 2020.

Die Demonstrationen sind ein Protestschrei des zionistischen Lagers der linken Mitte, das sich irgendwie nicht damit abfinden kann, dass die jüdische Wählerschaft seit Jahren die rechte Koalition bevorzugt. Der besonders korrupte Charakter von Benjamin Netanjahu auf der einen Seite und sein ständiger Versuch, sich einer gerichtlichen Überprüfung zu entziehen, ist ein Anliegen der Demonstranten. Zu ihnen gesellte sich die Mittelschicht, die durch die Abriegelungen während der Covid-19-Krise nicht angemessen entschädigt wurde. Gemeinsam hoffen sie, Netanjahu entweder durch das Rechtssystem oder durch Wahlen zu stürzen. Bemerkenswert ist, dass die meisten der Demonstranten weder mit dem Zionismus noch mit der Unterdrückung der Palästinenser ein Problem haben. Selbst wenn sie einen gewissen Einfluss auf das israelische politische System hätten, wäre dies für die Situation der Palästinenser von sehr geringer Bedeutung.

Wird eine demokratische Regierung in den USA eine solche Haltung und Politik umkehren? Das ist schwer zu sagen, da frühere Regierungen zwar nicht den gleichen *Trumpianischen* Diskurs übernommen haben, aber sehr wenig gegen die rücksichtslose israelische Interessenpolitik im Land unternommen haben. Wenn dies weiterhin die amerikanische Politik ist, stellt die gegenwärtige US-Politik eine gefährliche Entwicklung dar, die die Region als Ganzes betreffen wird. Das Abkommen beinhaltet eine klare Missachtung des Völkerrechts und der grundlegenden universellen Gerechtigkeit.

Diese Missachtung des Völkerrechts auf der einen Seite und die Herausnahme Israels aus der Diskussion über die Bürger- und Menschenrechte in der Region auf der anderen Seite, wird die USA und den Westen daran hindern, eine nützliche Rolle bei der Auseinandersetzung mit der düsteren Wirklichkeit dieser Rechte in der Region zu spielen. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass der westliche Kolonialismus und Imperialismus der Vergangenheit sowie die westliche Unterstützung autokratischer Herrschaft ebenso viel beigetragen dazu haben wie die lokalen Regime und Oppositionsgruppen, die heute die Rechte ihres eigenen Volkes missbrauchen.

Es scheint, dass die globale Zivilgesellschaft trotz ihrer früheren Errungenschaften und ihres Engagements für Gerechtigkeit in Palästina noch härter arbeiten muss, in Solidarität mit einer nationalen palästinensischen Bewegung, die verzweifelt - bisher erfolglos - nach Einheit strebt, um die nächsten amerikanisch-israelischen Bemühungen zur Zerstörung Palästinas und der Palästinenser zu vereiteln.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://insidearabia.com/the-steal-of-the-century-robbing-palestinians-of-their-past-and-future/>

[1] Patrick Wolfe, "Settler Colonialism and the Elimination of the Native," *Journal of Genocide Studies* 8, no. 4 (2006), pp. 387–409.

[2] Ilan Pappé, "The Israeli Nationality Law: a Blueprint for a Twenty First Century Settler-Colonial State", *Journal of Holy Land and Palestine Studies*, 18/2 (October 2019), pp. 179-191.

[3] Wolfe, *ibid.*